

**HK****Handelskammer  
Hamburg**

## Protokoll

### **Plenarsitzung**

1. Februar 2018, 16:00 Uhr

**Vorsitz: Präses Tobias Bergmann**

#### **Tagesordnung**

##### **1. Genehmigung der Tagesordnung**

##### **2. Berichte**

- a. des Präses und des Präsidiums
- b. der Hauptgeschäftsführerin
- c. aus den Ausschüssen

##### **3. Aktuelles aus der Mitte des Plenums**

##### **4. Der hit-Technopark stellt sich vor**

##### **5. Verabschiedung der Schlussfolgerung des Rechtshearings**

##### **6. Bundestagswahl – Ergebnisse der Sondierungsgespräche – weiteres Vorgehen**

##### **7. Konzept für die überregionale Interessenvertretung der Handelskammer Hamburg**

##### **8. Antrag zur Verabschiedung eines Eckpunktepapiers „Energiepolitische Forderungen an die neue Bundesregierung“**

##### **9. Erlass der Besonderen Rechtsvorschriften zum anerkannten Umschulungsabschluss „Geprüfter Qualitätsfachmann Fertigungsprüftechnik / Geprüfte Qualitätsfrau Fertigungsprüftechnik“ auf Basis des Berufsbildungsausschuss-Beschlusses am 21. November 2017**

##### **10. Digitalisierung bei der Hochbahn am Beispiel ITS und Hammerbrooklyn**

##### **11. Verschiedenes**

**Anwesend:**

Herr Präses Bergmann;

Herren Vizepräses Elmendorf, Vizepräses Dr. Killinger, Frau Vizepräses Rickwardt, Herr Vizepräses Dr. Teichert;

Frau Albertsen, Frau Arova, Herr Asmus, Frau Beckmann, Herren Duphorn, Dürre, Ederhof, Falk, Goetz, Hanneforth, Harbs, Heimsoth, Hellwig, Holstein, Koopmann, Kranz, Kuhlmann, Daniel Lorenzen, Dominik Lorenzen, Herren Perleberg, Pirck, Frau Prinz, Herren Räber, Schmelzer, Frau Schoras, Herren Selent, Sträßner, Tasbilek, Wandrey und Wendt-Reese;

dauerhafte Gäste im Plenum: Herren Enkerts, Dr. Mecke und van der Schalk;

Gäste im Plenum: Herren Birkel, Mergell.

Aus dem Hauptamt:

Frau Degen, Herr Brehmer, Frau Beine, Herren Graf und Grams, Herr Herting, Frau Nienstedt, Herr Schüßler, Herr Dr. Süß;

Herr Anders, Frau Eimert, Frau Färber, Frau Kunkel, Frau Lurtz-Herting, Herr Preck (IT), Frau Wolff, Frau Schmidt (Protokoll).

**Entschuldigt fehlen:**

Herren Dr. Behrens, Brauer, Costur, Ebert, Enke, Fischer, Gehrckens, Frau Gül-Canbolat, Herren Hocquél, Holler, Jakovlev, Jensen, Kaufholz, Korff, Kröger, Lintzen, Lorenz-Meyer, Frau Meier, Herren Montzka, Herr Vizepräses Mücke, Frau Nack-Warenycia, Herren Pfeiffer, Platz, Pohle, Reinecke, Siebold, Frau Vizepräses Stumpf, Herren Thies, Dr. Vogelsang und Wöhlke;

dauerhafte Gäste im Plenum: Herr Dr. Brüggestrat, Frau Arendt, Herren Dr. Gent, Dr. Kruse, Frau Rohwedder, Herr Weber.

## **Ergebnisprotokoll der Sitzung vom 1. Februar 2018**

Zum Beginn der Sitzung befinden sich 33 Abstimmungsberechtigte im Sitzungsraum des hit-Technopark in Harburg.

Die Anwesenden gedenken des verstorbenen Alt-Vizepräsidenten Dr. Hellmut Kruse.

Herr Präsident Bergmann begrüßt Claudia Arendt, Sprecherin der Wirtschaftsjuvenen als ständigen Gast des Plenums. Für die ausgeschiedene Frau Darboven wird Frau Wendt-Heinrich ins Plenum nachrücken.

### **TOP 1: Genehmigung der Tagesordnung**

*Das Plenum genehmigt die Tagesordnung dieser Plenarsitzung.*

### **TOP 2: Berichte**

#### **a. Bericht des Präsidenten und des Präsidiums**

Herr Präsident Bergmann geht auf zwei Diskussionspunkte der Dezember-Plenarsitzung ein. Herr Dr. Vogelsang habe die Frage gestellt, wie sich die Veränderungen der Beitragsordnung auf die Plenar-Unternehmen auswirkten. Aufgrund des Steuergeheimnisses dürften die Beitragshöhen einzelner Unternehmen zwar nicht genannt werden, das Hauptamt habe jedoch prognostizierte Gesamtzahlen für das Plenum auf der Basis der Bemessungsgrundlagen aus dem Jahr 2017 ermittelt. Diese Auswertung habe ergeben, dass sich das Plenum mit der neuen Regelung per Saldo mehrbelastet habe. Für neun Unternehmen des Plenums ändere sich nichts. In Summe zahlten 55 im Plenum vertretene Unternehmen ab 2018 kumuliert weniger als 2.000 Euro weniger. Pro Unternehmen seien dies durchschnittlich rund 36 Euro. Für vier Unternehmen sei der neu eingeführte Grundbeitrag für Großunternehmen grundsätzlich einschlägig. Es sei allerdings - unter anderem wegen geltender Anrechnungsregeln - im Einzelfall zu prüfen, ob die Beiträge dieser Mitglieder tatsächlich höher ausfielen. Alle Großunternehmen seien zum Zweck dieser Prüfung in der Sitzungswoche angeschrieben worden. Allerdings lasse sich bereits festhalten, dass eines der im Plenum vertretenen Großunternehmen im Falle gleichbleibender Gewerbeerträge voraussichtlich einen höheren Beitrag zahlen müsse, der die kumulierte Entlastung der anderen Unternehmen bereits übersteigen dürfte.

Herr Präsident Bergmann geht auf eine Frage von Herrn Hellwig nach den Pensionsverpflichtungen der aktuellen und vergangenen Hauptgeschäftsführung ein. Frau Degen und Herr Brehmer hätten diese vertraglich offengelegt. Für den ehemaligen Hauptgeschäftsführer Prof. Dr. Schmidt-Trenz wäre dies nicht vertraglich geregelt worden. Offengelegt seien sein Gehalt und die Tantieme, jedoch nicht die Pensionsrückstellungen. Grundsätzlich gelte bei Herrn Prof. Dr. Schmidt-Trenz die Versorgungsvereinbarung II von 1995. Man werde auf ihn zugehen und ihn bitten, seine Pensionsrückstellungen offenzulegen.

#### **b. Bericht der Hauptgeschäftsführerin**

Frau Degen berichtet über den Stand des Transformationsprozesses der Handelskammer. Zwei Berateraufträge seien ausgeschrieben worden, zum einen für eine neue Struktur und zum anderen für die Durchführung von Personalaudits. Bei letzterem gehe es um die Feststellung von Kompetenzen für die neu geschaffenen Stellen und einen eventuellen Schulungsbedarf. Nach Ablauf der Frist am 12. Januar 2018 hätten 16 Angebote vorgelegen: sieben für die Struktur der Handelskammer, fünf für das Personalaudit und vier Unternehmen

hätten beide Aspekte angeboten. Am 16. Januar habe es ein Treffen der Auswahljury gegeben, die besetzt sei durch die Hauptgeschäftsführung, Frau Vizepräsidentin Stumpf, Personalratsvorsitzende Frau Lurtz-Herting und Personalratsmitglied Herr Swantusch. Sieben Unternehmen seien zu einem Pitch eingeladen worden. Danach seien drei Unternehmen in die engere Auswahl genommen worden, die noch einmal in der Jury diskutiert worden seien, der sich auch Frau Vizepräsidentin Rickwardt und Herr Vizepräsident Dr. Teichert angeschlossen hätten. Am 9. Februar werde es eine Stichwahl geben. Die strategischen Ziele und das weitere Vorgehen werden am 5. April vorgestellt.

### **c. Bericht aus den Ausschüssen**

Herr van der Schalk berichtet über die letzte Sitzung des Ausschusses für Hafen und Schifffahrt, dem auch Mitglieder des Ausschusses für Verkehr, Energie und Umwelt beigewohnt hätten. Das Thema HSH Nordbank und deren Verkauf seien nicht behandelt worden, da Herr Dr. Teichert aufgrund terminlicher Verpflichtungen verhindert war.

Herr Koopmann fragt Herrn Bergmann, ob es seine Zustimmung gefunden habe, dass Herr Vizepräsident Dr. Teichert sich ohne Plenarbeschluss zum Verkauf der HSH Nordbank in der Presse geäußert habe. Herr Präsident Bergmann antwortet, dass dies abgesprochen gewesen sei und das Gespräch mit dem Hamburger Abendblatt auch mit Frau Degen und Herrn Vizepräsident Elmendorf geführt worden sei. Herr Vizepräsident Dr. Teichert ergänzt, dass dieser Prozess sehr transparent und demokratisch abgelaufen sei. Frau Degen habe im Vorwege ein Hearing mit Ausschussvorsitzenden einberufen, aus dem ein Papier entstanden sei. Es handle sich dabei um keine Entscheidung oder Stellungnahme, bzw. Vorwegnahme einer Entscheidung des Plenums. Zu diesen Fragen werde es auch in der Handelskammer eine Podiumsdiskussion geben. Herr Koopmann merkt an, dass solch ein Papier zunächst mit dem Plenum abzustimmen sei, bevor es an die Öffentlichkeit gehe. Weiterhin fragt er, warum in dem Papier nur der potenzielle Käufer „Cerberus“ genannt worden sei. Herr Vizepräsident Dr. Teichert antwortet, dass dies das Ergebnis des Expertenhearings sei.

### **TOP 3: Aktuelles aus der Mitte des Plenums**

*Zu diesem Tagesordnungspunkt liegen keine Wortmeldungen vor.*

### **TOP 4: Der hit-Technopark stellt sich vor**

Herr Präsident Bergmann bedankt sich bei Herrn Birkel, dass das Plenum im hit-Technopark tagen dürfe. Herr Birkel begrüßt die Anwesenden im hit-Technopark. Es sei der älteste Technologiepark in Hamburg, in dem 110 kleinere und mittlere Unternehmen aus dem Technologiebereich sitzen und über 650 Menschen arbeiten würden. Eines der größten Ziele sei es, die Unternehmen untereinander zu vernetzen, um Synergien zu schaffen.

### **TOP 5: Verabschiedung der Schlussfolgerung des Rechtshearings**

Herr Präsident Bergmann leitet ein, dass gestern der Innenausschuss getagt habe und die Empfehlung gegeben habe, im Plenum nur darüber zu berichten. Herr Vizepräsident Dr. Teichert erläutert, dass es am 24. Januar 2018 ein Hearing zur Finanzierungsstruktur der Handelskammer gegeben habe. Die Professoren Kluth und Kempen sowie der Bundesgeschäftsführer des BffK, Böddinghaus, hätten über die Möglichkeit der Abschaffung der Pflichtbeiträge diskutiert. Die Frage, ob es grundsätzlich rechtlich zulässig sei, auf eine Erhebung der Pflichtbeiträge zu verzichten, hätten Herr Böddinghaus und Herr Prof. Kempen mit ja geantwortet. Herr Prof. Kluth habe dies im Prinzip bejaht, jedoch sei dies in der praktischen Umsetzung an nahezu unüberwindbare Hürden gekoppelt. Alle drei Experten seien sich ei-

nig, dass die Handelskammer bei den Serviceleistungen und den hoheitlichen Aufgaben eine Vollkostenrechnung durchführen könne. Diese Rechnung könnten auf künftige Pensionsverpflichtungen angewandt werden, jedoch nicht auf vergangene. Die Möglichkeit einer Quersubvention zwischen den Serviceleistungen und der Gesamtinteressenvertretung sei aus Sicht aller drei Experten jedoch nicht möglich. Eine freiwillige Beitragszahlung könne nur in Form einer Spende, also ohne eine Gegenleistung erfolgen. Alle drei Experten seien sich zudem einig gewesen, dass es keine Vorgabe des Umfangs der Interessenvertretung gebe. Herr Vizepräsident Dr. Teichert führt weiter aus, dass es eine außerordentliche Präsidiumssitzung gegeben habe, in der eine Erklärung verfasst worden sei. Auf der Grundlage des Rechtshearings, dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts und den Hypotheken aus der Vergangenheit komme das Präsidium zu dem Ergebnis, dass die Handelskammer auf absehbare Zeit nicht auf Pflichtbeiträge verzichten könne. Es werde jedoch weiterhin an einer Reduzierung der Kammerausgaben gearbeitet.

Frau Beckmann bedankt sich für die Organisation des Hearings. Herr Präsident Bergmann gibt an, dass die Ergebnisse noch einmal ausführlich aufbereitet werden würden. Herr Asmus stellt den Antrag, dem Präsidium zu folgen.

*Bei einer Enthaltung wird dem Antrag zugestimmt, die Schlussfolgerung des Rechtshearings zur Kenntnis zu nehmen.*

#### **TOP 6: Bundestagswahl – Ergebnisse der Sondierungsgespräche – weiteres Vorgehen**

Herr Präsident Bergmann leitet ein, dass es ein wesentliches Ziel sei, nachzuhalten, was die Positionen der Handelskammer bewirkten. Daher sei das Sondierungspapier der Parteien CDU / CSU und SPD geprüft worden, inwieweit die Forderungen des Standpunktepapiers der Handelskammer enthalten seien. Herr Vizepräsident Elmendorf erläutert den Vergleich zwischen dem Standpunkt der Handelskammer und den Ergebnissen der Sondierungsgespräche. Enttäuschend sei, dass der Aspekt Bildung und die Inhalte, die der Hamburger Wirtschaft dazu wichtig seien, wenig Einzug gefunden hätten. Anders sei das Thema Netzausbau zur Freude der Hamburger Wirtschaft mit bedacht worden. Von den 50 Forderungen der Handelskammer fänden sich gut 50% in dem Papier der Sondierungsgespräche wieder. Herr Präsident Bergmann ergänzt, dass von den neun TOP-Forderungen vier enthalten seien, fünf fehlten. Es gebe jedoch keinen Punkt des Sondierungspapiers, das den Forderungen der Handelskammer gänzlich widersprechen würde. Ziel sei es in den nächsten Tagen, die Forderungen, die bisher nicht Einzug gefunden hätten, in Berlin zur Sprache zu bringen.

*Mit zwei Enthaltungen und 31 Stimmen, beschließt das Plenum, die Geschäftsführung der Handelskammer zu beauftragen, in Abstimmung mit den zuständigen Ausschussvorsitzenden die wichtigsten Hamburger Forderungen auf geeignete Weise in den Verhandlungsprozess einzubringen.*

#### **TOP 7: Konzept für die überregionale Interessenvertretung der Handelskammer Hamburg**

Herr Vizepräsident Elmendorf erläutert rückblickend, dass der Modernisierungsvorschlag der Handelskammer von den anderen Mitgliedskammern der IHK Nord abgelehnt worden sei. Nachdem es zuerst missverständliche und unerfreuliche Kommunikation gegeben habe, wurde eine Kommission eingesetzt. Die Handelskammer habe daraufhin auch in der Presse den Austritt aus dem Verbund bekannt gegeben. Eine Arbeitsgruppe habe daraufhin ein Konzept entworfen, das dem Plenum zur Abstimmung vorliege. Dieses Papier diene als Diskussionsgrundlage mit den anderen Kammern der IHK-Nord. Im Kern gehe es darum, die IHK Nord als Interessenvertretung und den bereits angefangenen Reformprozess weiter auszubauen. Die IHK Nord solle deutlicher als Vertreter des Gesamtinteresses auch in Berlin

ausgerichtet werden. Die Handelskammer werde weiterhin Unterstützung zusichern, beispielsweise würde sie einen der beiden Posten im Vorstand des DIHK an die IHK Nord abtreten. So wären die 12 Kammern der IHK Nord direkt im Vorstand des DIHK vertreten. Die Handelskammer werde weiterhin empfehlen das Büro in Brüssel zu schließen, was nicht bedeutet, ohne Lobbying in Brüssel zu sein, sondern man andere Formen der Interessenvertretung finden wolle, wozu ein Papier erarbeitet worden sei. Die Verschlankung auf die politische Interessenvertretung habe weiterhin den positiven Aspekt der Mitteleinsparung. Das Konzept sei bereits mit den Ausschussvorsitzenden diskutiert worden. Aufgenommen wurde daraufhin beispielsweise, dass es künftig eine Messbarkeit der IHK Nord-Aktivitäten geben solle. Das Konzept diene lediglich als Verhandlungsmandat, das Ergebnis der Diskussion mit den anderen Kammern werde dem Plenum vorgelegt.

Frau Degen ergänzt, dass die Diskussionen mit den Ausschussvorsitzenden ergeben habe, dass ein Verbleib in der IHK Nord ausdrücklich gewünscht sei. Darüber hinaus sei gewünscht worden, dass die Leistungen der Vertretungen in Berlin und Brüssel nicht ersatzlos gestrichen werden würden, sondern alternative Möglichkeiten erarbeitet werden sollten. Es gehe darum, die Interessenvertretung effektiver zu gestalten.

Frau Schoras fragt nach der Resonanz der anderen Kammern auf das Papier. Frau Degen antwortet, dass die anderen Kammern bisher lediglich über das Papier informiert worden seien. Diese Transparenz sei begrüßt worden, über die Inhalte habe es bisher noch keinen Austausch gegeben, da es vom Plenum noch kein Mandat gebe.

Herr Pirck dankt für den Austausch mit den Ausschussvorsitzenden und moniert, dass ihm das Protokoll dieser Sitzung auf Anfrage vor der Plenarsitzung nicht zugekommen sei. Weiterhin fragt er nach, ob es kritische Stimmen der Vorsitzenden geben habe. Herr Elmendorf antwortet, er habe es zeitlich nicht geschafft, das Protokoll freizugeben und zu versenden. Weiter gibt er an, dass vor allem die Gesundheitswirtschaft ihr Interesse bekundet habe, die Interessen der Branche in der IHK Nord weiter voranzutreiben. Dies sei jedoch nicht im Interesse der Handelskammer Hamburg, die sich verstärkt auf die Gesamtinteressenvertretung fokussieren wolle. Diese Aktivitäten könne die IHK Nord weiterhin betreiben, diese müssten dann selbst und nicht aus Mitgliedsbeiträgen finanziert werden.

Herr Pirck greift folgenden Satz aus dem Konzept heraus: *Die HKHH knüpft den Verbleib in der IHK Nord insgesamt an die Voraussetzung, dass über eine Reduzierung der Kosten auch eine signifikante Reduzierung des Finanzierungsanteils der HKHH realisiert werden kann (2018: 239.163€)*. Dies könne als Androhung denn als Diskussion interpretiert werden. Weiterhin fragt er, was passiere, wenn die anderen Kammern keinen Reformbedarf sehen, wie es bereits von Herrn Stuke in der Presse deutlich gemacht worden sei. Herr Präses Bergmann antwortet, dass dieses Konzept als Verhandlungsmandat für die Hauptgeschäftsführung diene, in dem deutlich gemacht werde, dass es um die Stärkung der Interessenvertretung und den Abbau von Doppelstrukturen und Einsparungen gehe. Mit diesen Erwartungen gehe man in die Diskussionen mit den anderen Kammern. Das Ergebnis werde spätestens im September-Plenum diskutiert und gemessen an dieser, eine Entscheidung zum Verbleib oder Austritt getroffen. Herr Pirck bekräftigt, dass der von ihm zitierte Satz problematisch sei, wenn man in eine Verhandlung mit Partnern gehe. Herr Koopmann bekräftigt den Eindruck von Herrn Pirck und fragt nach, ob die Ausschussvorsitzenden mit diesem Satz einverstanden gewesen seien. Herr Asmus erläutert, dass ein Verbleib in der IHK Nord auf große Resonanz gestoßen sei. Die Vorschläge, einen Vorstandsposten beim DIHK an die IHK Nord abzutreten und im Bereich der Interessenvertretung schlagkräftiger zu werden, sei sehr gut aufgenommen worden. In den Bereichen Tourismus und Gesundheitswirtschaft habe es kritische Stimmen gegeben, da eine Branchenvertretung in der bisherigen Form nicht mehr wahrgenommen werden solle. Herr Vizepräsident Dr. Teichert spricht sich dafür aus, den genannten Satz im Konzept bestehen zu lassen. Würde man diesen streichen, gebe es keine Grundlage, Reformen und Veränderungen durchzusetzen und sich einen Austritt offen zu halten, falls die Vorschläge des Konzeptes für die Handelskammer Hamburg nicht ausrei-

chend umgesetzt werden würden. Herr Präses Bergmann nimmt den Vorschlag von Herrn Wandrey auf, den Satz semantisch zu verändern:

*Die HKHH verbindet den Verbleib in der IHK Nord mit der Erwartung, dass über eine Reduzierung der Kosten auch eine Reduzierung des Finanzierungsanteils der HKHH realisiert werden kann (2018: 239.163 €).*

Herr Pirck plädiert weiterhin dafür, den Satz aus dem Konzept zu streichen.

*Der Antrag zur Streichung des Satzes: „Die HKHH knüpft den Verbleib in der IHK Nord insgesamt an die Voraussetzung, dass über eine Reduzierung der Kosten auch eine signifikante Reduzierung des Finanzierungsanteils der HKHH realisiert werden kann (2018: 239.163€)“ wird vom Plenum mit 23 Gegenstimmen abgelehnt.*

*Das Verhandlungsmandat wird unter Berücksichtigung der Änderung: Die HKHH verbindet den Verbleib in der IHK Nord mit der Erwartung, dass über eine Reduzierung der Kosten auch eine Reduzierung des Finanzierungsanteils der HKHH realisiert werden kann (2018: 239.163 €) mit 29 ja Stimmen, bei vier Enthaltungen und einer Gegenstimme erteilt.*

### **TOP 8: Antrag zur Verabschiedung eines Eckpunktepapiers „Energiepolitische Forderungen an die neue Bundesregierung“**

Herr Dürre berichtet über die Sitzung des Energieausschusses vom 13. Dezember 2017, in der eine Projektgruppe eingerichtet worden sei, die ein Eckpunktepapier mit energiepolitischen Forderungen an die neue Bundesregierung erstellt habe. Herr Dürre bedankt sich in diesem Zuge ausdrücklich für die erfolgreiche Zusammenarbeit mit dem Hauptamt der Handelskammer. Herr Ederhof ergänzt, dass das Projekt aus der Mitte des Energieausschusses im Zuge der Jahresplanung entstanden sei. Der regulative Rahmen der Energiewende hindere Unternehmen in der Metropolregion Hamburg, die ein Vorreiter für die Energiewende sei. Aus diesem wichtigen Grund habe sich der Ausschuss entschieden, das Projekt mit höchster Priorität zu behandeln, um einen eventuellen Einfluss auf die Sondierungsgespräche zu haben. Es sei eine sehr effektive Arbeit gewesen, der gesamte Ausschuss und das Plenum seien eingebunden worden. Erstellt worden seien eine Lang- und eine Kurzfassung. Letztere werde an die Bundesspitzen von CDU, CSU und SPD gesendet. Herr Ederhof bittet um eine breite Zustimmung aus dem Plenum, um eine größtmögliche Wirkung in Berlin zu erzielen.

Herr Wandrey fragt, warum die Nord-Süd-Trasse im Papier nicht enthalten ist, die für die Energiewende entscheidend sei. Herr Ederhof antwortet, dass sich das Thema in allen Positionspapieren der Handelskammer zu diesem Thema fände, auch in dem Forderungspapier an die neue Bundesregierung, das im letzten Jahr zur Bundestagswahl erstellt worden sei.

Herr Mecke geht auf einen konkreten Satz der Langfassung ein: *Die Stromgestehungskosten moderner Windenergie- und Photovoltaikanlagen etwa liegen durch die stetige Weiterentwicklung heute unterhalb aller konventioneller Kraftwerke.* Dieser Satz sei problematisch, da er suggerieren könne, dass nur noch diese Energien alleine verwendet werden könnten und für eine Grundversorgung reichen würden. Herr Ederhof antwortet, dass dieser Satz alleine so verstanden werden könne. Um die Gesamtinteressen bei diesem Thema abzubilden, gebe es in der Langversion drei Punkte, die unter anderem das Thema Netzentgeltsystem aufgreife. Herr Präses Bergmann fragt die Herren Dürre und Ederhof, wie groß die Chance sei, dieses Papier bei einer einstimmigen Genehmigung, in die Sondierungsgespräche mit einzubringen. Herr Dürre gibt an, dass er für einzelne Punkte sehr optimistisch sei. Herr Ederhof ergänzt, dass Vertreter der Projektgruppe gute Kontakte nach Berlin hätten und das Papier an den richtigen Stellen platzieren würden. Frau Degen ergänzt, dass es in entsprechende Arbeitskreise gegeben, der DIHK informiert und Pressearbeit erfolgen werde. Das Papier sei

ein Erfolg der konstruktiven Zusammenarbeit von altem und neuem Ehrenamt in der Interessenvertretung.

*Das Plenum beschließt einstimmig, dem Präsidium und der Hauptgeschäftsführung der Handelskammer Hamburg auf Basis des vorliegenden Eckpunktepapiers ein Verhandlungsmandat mit der IHK Nord mit dem Ziel der Weiterentwicklung und Stärkung der überregionalen Interessenvertretung der norddeutschen Wirtschaft zu erteilen.*

**TOP 9: Erlass der Besonderen Rechtsvorschrift zum anerkannten Umschulungsabschluss „Geprüfter Qualitätsfachmann Fertigungsprüftechnik / Geprüfte Qualitätsfrau Fertigungsprüftechnik“ auf Basis des Berufsbildungsausschuss-Beschlusses am 21. November 2017**

Herr Grams führt aus, dass die Besonderen Rechtsvorschriften anders als die bundesweit gültigen Aus- und Fortbildungsverordnungen regional spezifisch seien. Eine Vorgängerregelung der zu verabschiedenden Rechtsvorschrift sei bereits 1997 vom Plenum erlassen worden, damals jedoch ausschließlich für Menschen mit Behinderung. In den letzten 20 Jahren habe sich das Funktionsbild der Qualitätsfachleute verändert, so dass neue Anforderungen seitens der Wirtschaft entstanden seien: Erwartet werde nicht mehr nur das Bedienen von Messmitteln, sondern auch deren Auswahl und Prüfung, neben der reinen Ausführung von Produktionsprozessen müsste über diese nun auch entschieden und kommuniziert werden, außerdem habe sich die Prüfung dahingehend verändert, als dass nicht nur eine reine Wissensabfrage stattfindet, sondern die Handlungsorientierung der Qualitätsfachleute im Berufsalltag abgebildet werde. Durch die neue Vorschrift erweitere sich der Teilnehmerkreis auch auf Nicht-Behinderte sowie die Bezeichnung: „Geprüfter Qualitätsfachmann Fertigungsprüftechnik / Geprüfte Qualitätsfachfrau Fertigungsprüftechnik“. Entstanden sei diese neue Rechtsvorschrift durch die Erarbeitung von Sachverständigen aus Hamburg und verschiedenen Bundesländern. Der DIHK habe eine Empfehlung zur Umsetzung erarbeitet. Der Berufsbildungsausschuss der Handelskammer habe der Verordnung bereits am 21. November 2017 zugestimmt. Den Beschluss des Plenums vorausgesetzt, werde die Besondere Rechtsvorschrift am 1. April 2018 in Kraft treten.

*Das Plenum beschließt einstimmig den Erlass auf Empfehlung des Präsidiums der Handelskammer Hamburg die Besondere Rechtsvorschrift für den anerkannten Umschulungsabschluss „Geprüfter Qualitätsfachmann Fertigungsprüftechnik/Geprüfte Qualitätsfachfrau Fertigungsprüftechnik“.*

**TOP 10: Digitalisierung bei der Hochbahn am Beispiel ITS und Hammerbrooklyn**

Herr Falk stellt anhand der beigefügten Folien die in 2011/2012 entwickelte Strategie „Intelligente Mobilität für eine lebenswerte Zukunft“ mit der Zielsetzung, der Steigerung der Fahrgastzahlen, vor. 2016 habe es unter Einbezug der Mitarbeiter der Hochbahn eine Weiterentwicklung der Strategie im Hinblick auf die Veränderungen durch die Digitalisierung gegeben. Gefragt habe man sich, was der digitale Lifestyle eigentlich für den Personennahverkehr bedeute. Mit Hilfe eines Start-Ups wurde eine Community mit 5.000 Personen befragt, was im Hinblick auf den Personennahverkehr besonders wichtig sei und welche Punkte verbessert werden müssten. Unterhaltung sei das Top-Thema der Befragten gewesen. Herr Falk führt weiter aus, dass die Veränderungen des Personenverkehrs und der Einfluss der Digitalisierung sich vor allem an Unternehmen wie Uber zeigen würden, die als Softwarefirma autonomes Fahren möglich machen wollen. Die Idee sei, mit Hilfe eines vorausschauenden Systems das Fahrverhalten der Kunden zu ermitteln, die sich über ein digitales System anmelden, um so mehrere Personen gleichzeitig zu transportieren. Das klassische Taxigewerbe mit wenigen Fahrgästen werde damit abgelöst. Auch die Hochbahn beschäftige sich zukunftsgerichtet im Hinblick auf das Thema Smart City Hamburg mit Softwareentwicklungen und habe sich gefragt, wie die entwickelte Strategie unter den gegebenen Bedingungen der



Digitalisierung erreicht werden könne. Dazu gehören klassische Themen wie der Masterplan E-Bus-System oder der Masterplan U-Bahn-System. Hier gehe es vor allem um eine Automatisierung, die die Taktung der U-Bahnen betreffe. Ziel sei es, dass etwa alle zwei Minuten eine Bahn komme. Dies würde Fahrpläne obsolet machen. Auch Themen der Unternehmenskultur seien von Bedeutung wie beispielsweise Diversity. Die Hochbahn habe bisher eine Quote von 16% an weiblichen Mitarbeitern. Das solle sich ändern.

Herr Falk erläutert weiterhin die ITS-Strategie der Stadt Hamburg und der 2021 nach Hamburg kommenden ITS-Kongress. Hier gehe es in den nächsten Jahren darum, die Vielzahl an Projekten mit unterschiedlichen Stakeholdern zu koordinieren. Bei der Hochbahn gebe es ein Büro für das Projektmanagement. Aktuell gebe es 51 Projekte, die zum Kongress fertig gestellt werden müssten. Das wesentliche Thema, bei dem die Hochbahn beteiligt sei, heiße „Mobilität als Service“. Konkrete Projekte seien beispielsweise ubiquitär verfügbares WLAN im Nahverkehr. In allen Hochbahnbusen gebe es nun freies WLAN. Bis zum Ende des Jahres 2018 würden sämtliche U-Bahn-Stationen mit Hilfe von Glasfasernetzen mit WLAN ausgestattet werden. Darüber hinaus solle 2019/2020 das Projekt „Check-in / Be-out“ abgeschlossen sein, das eine Beschäftigung mit Preisen und Tarifen für Kunden obsolet mache. Start und Ziel einer Fahrt werde über ein System erkannt, das dem Kunden automatisch den günstigsten Preis berechne. Das Projekt „HEAT“ sehe eine Teststrecke von 3,6km in der Hafencity für automatisiertes Fahren vor. Im diesem Zusammenhang müssten Aspekte des Personalmanagements und der Witterungsverhältnisse beachtet werden. Herr Falk stellt abschließend das Projekt Hammerbrooklyn vor.

#### **TOP 11: Verschiedenes**

Herr Präses Bergmann schließt die Sitzung um 18.06 Uhr. Die nächste Plenarsitzung findet am 1. März 2018 statt.

Hamburg, 22. Februar 2018

gez. Christl Degen

Anlage: Präsentation von Herrn Falk zu TOP 10: Digitalisierung bei der Hochbahn am Beispiel ITS und Hammerbrooklyn